

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Verantwortlicher:  
**J. D. F. Klühs**  
Fernsprecher: Amt Döbelf 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Drahtanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. August 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Was bedeutet Ottawa?

SPD. London, 23. August (Eig. Bericht)

Die Reichskonferenz in Ottawa schloss im Halbdunkel, denn am Tage der Schlussitzung wusste die Öffentlichkeit nicht, was in den wochenlangen Verhandlungen beschlossen worden war, abgesehen von einigen Grundlinien, die während der Besprechungen besonders viel Aufmerksamkeit auf sich zogen, aber vielleicht nicht einmal das wichtigste sind.

Umso leichter fiel es den Staatsmännern, die sich noch einmal nach allen Seiten hin äussern mussten, der Adresse des Königs, den Leitartikeln der von wohlwollendem Patriotismus überfließenden Zeitungen im Empire, in diesem Dämmerchein die so wohlbekannten Redensarten von der Einigkeit des Empire, seiner festeren wirtschaftlichen Verknüpfung, gleichzeitig aber auch die Versicherungen vom Interesse an der Weltwirtschaft nochmals bis zu schimmerndem Hochglanz aufzupolieren. Und wenn im Scheinwerferlicht der Schlusszene der kanadische Premier, der seine schauspielerische Begabung fortwährend bewiesen hat, bei der Unterzeichnung des letzten Vertrages den Füllfederhalter gerade Mr. Chamberlain, dem Sohn des Erfinders des Empire-Freihandels, zur Unterschrift in die Hand drückte - statt Mr. Baldwin, der die übrigen Verträge für England unterzeichnet hatte - so konnten die Zuschauer umso eher vergessen, dass sie garnicht wussten, was da eigentlich unterzeichnet wird.

Es ist also unmöglich, schon ein Urteil abzugeben über Tragweite und Wirkungsweise des Konferenzergebnisses für den Welthandel. Eines lässt sich aber mit ziemlicher Bestimmtheit sagen: der von England zu Beginn der Konferenz ausgesprochene Wunsch, die Verdichtung der Handelsbeziehungen innerhalb des Empire möge durch Senkung der Zollbarrieren zwischen Reichsteilen und nicht durch ihre Erhöhung gegenüber der Aussenwelt erreicht werden, ist nicht erfüllt worden. Die Schutzinteressen der verschiedenen Industrien im Empire haben sich als der stärkste Machtfaktor auf der Konferenz erwiesen. Die paraphierten Verträge bedeuten also keine Lockerung der Fesseln, in denen der Welthandel aufsteht - es sei dann, dass ihr Vorhandensein bei den bevorstehenden Verhandlungen mit nichtbritischen Staaten zu einem Abbau der Zollschranken führen wird. Dafür aber gehen - auch das lässt sich schon zur Beurteilung des Ergebnisses sagen - diese Präferenzen innerhalb des Empire sehr viel weniger weit als die Empireenthusiasten gehofft und erwartet hatten und als selbst diejenigen, die heute in den höchsten Tönen den Erfolg der Konferenz preisen, voraussahen. Die Weltverknüpfung der Empirestaaten hat sich, wie erwartet, bestätigt. Immerhin ist genug vereinbart worden, um den Delegationen zu erlauben, von einem Erfolg der Empire-Konferenz zu sprechen.

Zu einem "Erfolg" aber war man von Anfang an entschlossen, war vor allen Dingen England entschlossen, dessen Delegation daher, wie die Dominions wussten, am wenigsten einen ergebnislosen Abschluss der Konferenz mit nach Hause bringen durfte, das infolgedessen wirklich der "selbstloseste" Partner war und dessen Regierung dank ihrer parlamentarischen Mehrheit der Bevölkerung am ehesten Opfer zugunsten des Empirehandels zuzumuten wagte. Solche Opfer werden denn auch der

englischen Bevölkerung auferlegt; ob der Vorteil, der daraus den überseeischen Produzenten erwächst, wirklich in einem gesunden Verhältnis zu ihnen steht, sei dahingestellt. Empireweizen soll eine Zollpräferenz von 2 Shilling pro Quarter geniessen; bei Hammelfleisch, das als Volksnahrungsmittel in England eine viel grössere Rolle spielt als auf dem Kontinent, soll eine Einfuhrquote die Dominions in noch nicht bekanntem Ausmass begünstigen. Aber England hat durch das geringe Ausmass dieser Konzessionen und auf anderem Felde seinen Grundsatz, die Handelsbeziehungen mit fremden Ländern nicht ernsthaft zu gefährden, aufrechterhalten; es hat besonders der kanadischen Zumutung, seinen Handel mit Russland radikal zu unterbrechen, wirksamen Widerstand entgegengesetzt und sich nicht mehr als die Formel abringen lassen, handelspolitisch einzuschreiten, wenn mit Dominionprodukten konkurrierende Einfuhr aus fremden Ländern von dieser staatlich auf künstliche Weise gefördert würde. Von den übrigen Vorteilen, die England den Dominions gewährt hat, ist wahrscheinlich die bisher schon eingeräumte, in Ottawa bestätigte zollfreie Einfuhr von allen Waren, die sonst dem zehnprozentigen "Fiskalzoll" unterliegen, am wichtigsten.

Das sachliche Ergebnis der Konferenz sind also eine Reihe von Handelsverträgen zwischen selbständigen, zum grossen Teil sehr schutzzöllnerisch eingestellten Staaten und, wie vorauszusehen war, durchaus nicht die Entstehung eines neuen gewaltigen Wirtschaftsbereiches, der auf Autarkie abzielt. Die Verknüpfung von Empirestaaten mit Ländern ausserhalb des Empire und die häufige Divergenz zwischen den Interessen der Reichsteile untereinander ist auf der Konferenz immer wieder zum Ausdruck gekommen und hat vorsichtiger Leute in England schon bald nach Beginn der Unterhandlungen dazu veranlasst, ihre Erwartungen erheblich herunterzuschrauben, was ihnen grosse Enttäuschungen erspart hat.

Auch Tonart und Verhandlungsmodus auf der "Familienversammlung" rechtfertigt diese Bezeichnung nur, wenn man anerkennt, dass Familienmitglieder, die mit einander verhandeln, auch oft genug vor allem auf ihren Privatvorteil bedacht sind, ja vielleicht sogar Verhandlungsmethoden anwenden, vor denen sie einem Nichtmitglied der Familie gegenüber zurückschrecken würden. Herr Bennett, der Premierminister des Gastgeberlandes, der von Anfang an die Führung an sich zu reißen bemüht war, hat sich jedenfalls nicht gescheut, seinem Temperament freien Lauf zu lassen, und er spielte je nach Bedarf die Rolle eines verwöhnten Kindes, eines störrischen Maultiers und einer gekränkten Schönen. Er war der unzuverlässigste Verhandlungspartner und nur die altenglische Geduld eines Mr. Baldwin konnte seiner Technik gegenüber handlungswillig bleiben.

Die Verhandlungen zwischen England und Kanada waren schon der Sache nach die allerschwierigsten, weil Kanada gleichzeitig die grössten Schutzwünsche für seine eigene Industrie und die stärkste Verknüpfung mit einem Nichtempireland, nämlich den Vereinigten Staaten, hatte. Sie wurden betont durch die schwierige innerpolitische Situation, in der Forderungen der Landwirtschaft und Konzessionsunwilligkeit der Industrie, auf die Mr. Bennetts Kabinett sich in erster Linie stützt, einander gegenüberstanden. Waren der englischen Industrieausfuhr nach Kanada schliesslich nach langen Verhandlungen irgendwelche Vergünstigungen eingeräumt worden, so tauchte plötzlich eine neue agrarische Forderung Kanadas auf; wenn die Engländer sie nicht konzedierten, dann hiess es, dass damit selbstverständlich die bereits abgemachten Konzessionen für die englische Industrieimport nach Kanada hinfällig seien.

Mit dieser Technik wurde bis nach Mitternacht des letzten Konferenztages fortgefahren, bis dann endlich Kanadas letzte Forderung auf Aussperrung der russischen Einfuhr nach England mit einer der berühmten Formeln abgefunden wurde, die auf Konferenzen immer der letzte Ausweg sind. Jedenfalls: der äussere Verlauf der Konferenz hat ebenso sehr wie ihr sachliches Resultat erwiesen, dass von der wirtschaftlichen Seite her nicht zu viel erwartet werden darf für die Verknüpfung des Empire. Ein Dominionvertreter hat, etwas überapitzt, geäussert: "Die einzige Möglichkeit, das Auseinanderfallen des Empire zu verhüten, ist, derartige Konferenzen zu vermeiden wie den Leibhaftigen."

SPD. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte durch Schreiben vom 17. August beim Reichskanzler von Papen und dem mit der Vertretung der Geschäfte in Preussen beauftragten Oberbürgermeister Dr. Bracht gegen die gehäuften Massregelungen sozialdemokratischer Beamter Beschwerde erhoben. Ueber diese Beschwerde kam es am Dienstag in der Reichskanzlei zu einer Aussprache, an der auf sozialdemokratischer Seite die Reichstagsabgeordneten Wela und Stampfer, auf seiten der Regierung Herr von Papen, Dr. Bracht und Staatssekretär Planck teilnahmen.

Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, dass die fortgesetzten Amtsenthebungen und Zur-Dispositions-Stellungen von Sozialdemokraten einer Infamierung der Sozialdemokratischen Partei gleichkämen und mit dem Geist der Verfassung in keiner Weise zu vereinbaren seien. Auch bestritten sie der kommissarischen Preussenregierung die staatsrechtliche Legitimation zu einem derartigen Vorgehen. Die Vertreter der Sozialdemokratie brachten sodann auch die Sprache auf das unerhörte Zuchthausurteil von Brieg, das nur dadurch zustandekommen konnte, dass die Angeklagten widerrechtlich ihrem ordentlichen Richter entzogen wurden.

Zum Schluss der Aussprache gab der Reichskanzler der Hoffnung Ausdruck, die Erklärungen der Regierung würden auf die Vertreter der Sozialdemokratie gewissermassen beruhigend gewirkt haben. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten jedoch, dass dies keineswegs der Fall sei.

-----

SPD. Weimar, 23. Aug. (Eig. Drahtb.)

Unter starkem Andrang von Zuhörern trat der neugewählte thüringer Landtag am Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Landtag setzt sich bekanntlich zusammen aus 15 Sozialdemokraten, 10 Kommunisten, 1 Staatspartei, 26 Nationalsozialisten, 6 Landbündlern, 1 Deutschen Volkspartei und 2 Deutschnationalen. Auf Vorschlag der Nationalsozialisten wählte der Landtag mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Landbündler und Deutschnationalen den Abgeordneten Marschler (Nat. Soz.) mit 33 Stimmen zum ersten Präsidenten. Zum ersten Vizepräsidenten wurde von der zweitstärksten Fraktion, den Sozialdemokraten, Abg. Bieligk vorgeschlagen. Die Nationalsozialisten erklärten durch ihren Fraktionsvorsitzenden, dass sie keinen Marxisten wählen würden. Gewählt wurde als erster Vizepräsident der Landbündler von Thümmel mit 33 Stimmen, Abg. Bieligk (SPD) erhielt nur 15 Stimmen der Sozialdemokraten und die des Staatsparteilers. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Abg. Hille (Nat. Soz.) mit 31 Stimmen gewählt. Zwei Landbündler haben nicht für Hille gestimmt. Abg. Bieligk erhielt nur 15 Stimmen. Hille ist bekanntgeworden durch den Prozess, den die Sozialdemokraten Crispien und Dittmann gegen ihn in Hildburghausen führen mussten. Abg. Frölich (SPD) stellte hierbei fest, dass die Landbündler noch während des Landtagswahlkampfes von den Nationalsozialisten als die "grünen Marxisten", als "Kaschemmenbrüder" und "Untermenschen" bezeichnet worden sind. Den Landbündlern würde es ergehen wie den übrigen bürgerlichen Parteien, sie würden für ihre Haltung von den Nazis aufgefressen werden.

Die Kommunisten trieben ihre arbeiterverräterische Politik auch bei dieser Wahl fort. Sie schlugen für alle drei Präsidentensitze eigene Kandidaten vor. Zum Schluss der Sitzung gedachte der Präsident Marschler (Nat. Soz.) der Opfer der "Niobe"; die Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen, auch der kommunistische Abgeordnete Zimmermann erhob sich mit, er wurde aber von dem Fraktionsvorsitzenden der KPD veranlasst, sich wieder zu setzen. Der Präsident Marschler schloss daraufhin die ganze KPD-Fraktion, auch den fehlenden KPD-Abgeordneten, auf drei Tage von den Sitzungen aus, weil durch ihr Verhalten die Würde des Hauses verletzt worden sei. In der Geschäftsordnung findet dieser Ausschluss keine Stütze. Am Freitag, den 26. August soll die Wahl der Regierung vorgenommen werden. Landbündler und Nationalsozialisten scheinen sich einig zu sein, die Regierung allein zu besetzen.

-----

SPD. Wien, 23. Aug. (Eig.Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des Nationalrats wurde das Lausanner Abkommen, in dem Oesterreich sich auf weitere 20 Jahre in Abhängigkeit einer ausländischen Kontrollkommission begibt, mit 82 Stimmen der Regierung gegen 80 Stimmen angenommen. Damit ist die Session des Nationalrats beendet.

Die Sozialdemokratische Partei hat auf Beschluss der Parlamentsfraktion einen Aufruf an die Arbeiterschaft erlassen, in dem es u.a. heisst: "Der Verlauf der Tagung war bestimmt durch die völlige Auflösung der politischen Front der österreichischen Bourgeoisie. Dieses reaktionäre Regime muss niedergedrungen werden. Es ist im Verlauf dieser Tagung schwer erschüttert worden. Eine doppelte Aufgabe steht vor uns. Das grosse deutsche Reich ist von einer Flut der Reaktion schwer bedroht. Unser kleines Land liegt zwischendem Faschismus in Italien der Henkerdiktatur in Ungarn und dem von der faschistischen Gegenrevolution schwer bedrohten Deutschen Reich. Auf diesem unseren Boden den Angriff des Faschismus abzuwehren, dem arbeitenden Volk den demokratischen Kampfboden zu erhalten, der im Deutschen Reich bedrohten Demokratie und der deutschen Arbeiterbewegung in unserem Lande ein Asyl der Freiheit zu erhalten, das ist unsere Mission. Darum bleibt die Verteidigung der Demokratie, der Schutz der demokratischen Verfassung der Republik unsere wichtigste Aufgabe."

Der Aufruf beschäftigt sich dann noch eingehend mit den innenpolitischen Verhältnissen in Oesterreich und den Folgen des sozialdemokratischen Vorgehens während der letzten Session des Parlaments.

-----  
SPD. München, 23. Aug. (Eig.Drahtb.)

Der Haushaltsplan der Stadt München für 1932 wies bei seiner Aufstellung im April einen Fehlbetrag von 16,3 Millionen auf, der trotz aller Bemühungen bis heute nicht abgedeckt werden konnte. Nunmehr forderte die Kreisregierung von Oberbayern als Aufsichtsbehörde den Stadtrat ultimatv auf, mit allen Mitteln auf die Abgleichung des Voranschlages hinzuwirken. Dem Stadtrat wird eine letzte Frist bis zum 20. September gesetzt. Sollte ihm, was wohl auch der Fall sein wird, bis dahin die Balancierung des Etats immer noch nicht gelingen, so wird die in der bayerischen Gemeindeordnung vorgesehene Staatsaufsicht über München angedroht.

-----  
SPD. London, 23. Aug. (Eig.Drahtb.)

Im Laufe der nächsten Woche treffen der französische Ministerpräsident Herriot und Sir Herbert Samuel, der englische Sicherheitsminister, auf der englischen Kanalinsel Jersey zusammen. Man erwartet, dass bei dieser Gelegenheit informelle Vorbesprechungen über den englisch-französischen Handelsvertrag stattfinden werden.

-----  
SPD. Weimar, 23. Aug. (Eig.Drahtb.)

In der Dienstag-Nachmittagssitzung des neugewählten thüringischen Landtags wurden die Wahlen zu den Landtagsausschüssen vorgenommen und bestimmt, welche Parteien in den einzelnen Ausschüssen den Vorsitz führen sollen. Bisher war es üblich, dass die stärkste Oppositionspartei den Vorsitz im Haushaltsausschuss bekam. Von dieser Gepflogenheit wich der Landtag am Dienstag ab. Der Sozialdemokratischen Partei als stärksten Oppositionspartei wurde jeder Ausschussvorsitz verweigert. Nationalsozialisten und Landbündler nahmen die Posten nur für sich in Anspruch.

Der Landtagsvorstand, der sich aus zwei Nationalsozialisten und einem Landbündler zusammensetzt, hat am Dienstag den Fraktionsvorsitzenden der Nationalsozialisten, Abg. Saukel, offiziell beauftragt, als Unterhändler für die

Regierungsbildung tätig zu sein. Nach der Verfassung gibt es in Thüringen keinen Ministerpräsidenten. Die Wahl der Regierung vollzieht sich in der Weise, dass vollständige Ministerlisten eingereicht und in einem Wahlgang gewählt werden. Dieser Umstand hat es mit sich gebracht, dass der Landtagsvorstand einen Unterhändler bestimmt, der versuchen muss, eine Regierungsbildung zustandezubringen. Gelingt ihm dies nicht, dann gibt er seinen Auftrag zurück, und es wird ein zweiter oder ein dritter Unterhändler bestimmt, der sein Glück versuchen muss, eine Einigung unter den Parteien herbeizuführen. In der Landtagsitzung am Freitag, den 26. August soll die Wahl der Regierung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

-----

SPD. Paris, 23. Aug. (Eig.Drahtb.)

Die Beuthener Todesurteile bilden für die Pariser Oeffentlichkeit die grosse aussenpolitische Sensation des Tages und erhellen in ihren Augen zum erstenmal seit langem wieder schlaglichtartig die verworrene Situation in Deutschland. Ohne dass man sich näher mit der juristischen Sachlage befasst, erklärt man doch hier in Paris, dass nach dem Text der Notverordnung und der klaren Prozesslage ein Todesurteil habe gefällt werden müssen. Dabei verhehlt man sich aber nicht, dass die politische Bedeutung des Beuthener Urteils viel grösser sei. Im allgemeinen ist man der Ansicht, dass das Beuthener Urteil für die Reichsregierung eine viel heiklere Situation schaffe als für Hitler. Hitler könne daraus einen guten Vorwand für seine Propaganda schöpfen. Ausserdem gebe ihm der Beuthener Fall Gelegenheit, seine verärgerten Sturmabteilungen wieder fest in die Hand zu bekommen. Die Reichsregierung dagegen stehe vor einem Dilemma, ob sie bei ihren Energieandrohungen stehen bleiben und damit die Brücken zu der Hitlerpartei abbrechen wolle oder ob sie durch eine Begnadigung ihre eigene Autorität untergrabe. Die Mehrzahl der Pariser Blätter neigt zu der Annahme, dass sich die Regierung von Papen schliesslich doch zu einer Begnadigung verstellen werde, denn für sie sei politisch das Spiel viel zu hoch. Die Hauptfrage sei natürlich die, in welcher Form die Begnadigung erfolgen solle, um der Reichsregierung zu gestatten, vor der deutschen Oeffentlichkeit das Gesicht zu wahren. Der "Temps" glaubt auch schon eine erlösende Formel gefunden zu haben, wenn er erklärt, man werde sich vielleicht dadurch herauszureden versuchen, dass die Beuthener Mörder die Notverordnung gegen den Terror noch nicht gekannt hätten, weil der Mord schon zwei Stunden nach der Verkündung der Notverordnung erfolgt sei. Das "Journal des Débats", das der Schwerindustrie nahesteht, erklärt, die Hauptlehre, die aus dem Beuthener Urteil zu ziehen sei, sei die: "Die Legende, dass die Nationalsozialisten nie ohne Provokation von seiten der anderen Parteien von ihren Waffen Gebrauch machten, ist endgültig zerstört."

-----

SPD. Braunschweig, 23. Aug. (Eig.Drahtb.)

Der Gauvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat wegen der Sprengstoff-Attentate in der Wahlnacht auf das Bootshaus des Reichsbanners, die Wohnung des Oberbürgermeisters und die Konsumfiliale gegen fünf Nationalsozialisten aus der Stadt Braunschweig Strafanzeige gestellt. Unter den fünf Nationalsozialisten befindet sich der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Alpers-Braunschweig. Wie sich jetzt herausstellte, sind diese Sprengstoff-Attentate durch die Führung der SS organisiert und durchgeführt. Am Sonntag, den 31. Juli, morgens 9 Uhr wurde die SS im Restaurant Holzgarten zusammengezogen. Der Führer, Rechtsanwalt Alpers, zog 80 zuverlässige und ältere SS-Leute heraus, darunter eine Anzahl Unterführer, und schickte diese Leute nach Hause mit dem Auftrag, nachmittags "in Räuberzivil" im Holzgarten wieder zu erscheinen. An dieser Einteilung waren ausser Alpers sein persönlicher Adjutant Strage und ein SS-Mann Busch, der zum Stabe gehört, beteiligt. Die Terrorgruppe, die



das Sprengstoff-Attentat auf das Bootshaus ausgeführt hat, wurde kurz vor 3 Uhr nachts vor dem Gebäude der Allgemeinen Krankenkasse beobachtet. Führer dieser Gruppe war der Student Otto Rabach. Ausser ihm wurde der SA-Mann Georg Kolan erkannt. Der Gauvorstand des Reichsbanners wird ausser diesen fünf SS-Leuten eine weitere Anzahl Nationalsozialisten, u.a. auch die Chauffeure, die die Sprengkörper gefahren haben, zur Anzeige bringen.

-----

SPD. Amsterdam, 23. Aug. (Eig. Drahtb.)

Zu dem Beuthener Urteil schreibt der Amsterdamer "Telegraaf", dass für jeden objektiv denkenden Menschen die in Beuthen gefällten Todesurteile gerecht und notwendig seien. Kein einziges nationalsozialistisches Blatt wisse sich abseits der Taten der Verurteilten zu dem Standpunkt einer höheren Moral zu erheben und selbst Adolf Hitler habe sich durch sein Telegramm an die Verurteilten mit den Mördern identifiziert. Wenn auch die Vollstreckung der in Beuthen gefällten Urteile noch unwahrscheinlich sei, so müsse doch die Mordseuche in Deutschland endlich ausgerottet werden. Wenn die Hitlerianer wegen dieses Urteils gegen die Regierung Sturm liefen, so würden sie die öffentliche Meinung des Auslandes keinesfalls auf ihrer Seite haben. "Het Volk" erklärt, dass die Vernichtung dieses Urteils eine Tat der Menschlichkeit wäre, dass sie aber zu einer Handlung der Tyrannei würde, wenn die Regierung nicht gleichzeitig auch das Ohlauer Urteil aufhebe. Auch die Zurückziehung der Notverordnung, worin dieses Urteil seine Begründung fände, würde einen Akt der Menschlichkeit darstellen, aber ihre Zurückziehung durch diese Regierung würde den Hitlerschen Mördern einen Freibrief ausstellen. Von Papen habe die Wahl zwischen der Rolle eines Werkzeugs und des Feindes Hitlers, aber in beiden Fällen läge in seiner Entscheidung der Keim eines blutigen Bürgerkrieges. Der "Neue Rotterdamer Courant" zieht aus einer eingehenden Schilderung des Sachverhalts die Konsequenz, dass man für die Beuthener Mörder auch nicht die geringste Sympathie empfinden könne, nachdem der Prozess ihre feige Gemeinheit an das Licht gebracht habe. Schliesslich aber seien die verwilderten Menschen rechts wie links in Deutschland nicht eine Schuld der Republik, sondern des verlorenen Spiels des grossen Krieges. Die Verwilderung und Entartung des politischen Kampfes in Deutschland sei durch diesen Prozess scharf beleuchtet worden, aber wenn jetzt dem Terror der Unterwelt der Terror der Behörden gegenübergestellt werde, so müsse man auch ausserhalb Deutschlands den Auswirkungen dieses Terrors der strafenden Gerechtigkeit besorgt entgegensetzen. Das Spiel mit der Todesstrafe, so unvermeidlich es auch wäre, sei immer ein gewagtes Spiel.

-----

SPD. Köln, 23. Aug. (Eig. Drahtb.)

Zu der Aufregung in nationalsozialistischen Kreisen über die Todesurteile von Potempa schreibt die "Kölnische Zeitung" in ihrer Abendausgabe vom Dienstag folgende bemerkenswerten Sätze:

"Es ist unverständlich, wenn jetzt der Pressedienst der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei die Todesurteile als einen "Schlag in das Gesicht des nationalen Deutschland" bezeichnet, die jedem "national und gerecht empfindenden Menschen die Scham- und Zornesröte ins Gesicht" treiben müssten. Diese Aeusserung sieht an der Tat und ihrer Scheusslichkeit völlig vorbei. Noch weniger als diese Aeusserung des Pressedienstes werden alle Kreise, die sich noch einen klaren Kopf bewahrt haben, das Telegramm verstehen, das jetzt Hitler an die Verurteilten von Beuthen geschickt hat und in dem er sich an seine "Kameraden" wendet, denen er sich "durch dieses ungeheuerliche Bluturteil in unbegrenzter Treue verbunden" fühlt. Dieses Telegramm ist, wenn man nüchtern den Wortlaut betrachtet, einfach eine Ungeheuerlichkeit..... Von einem Parteiführer noch dazu von dem Führer der zurzeit grössten Partei Deutschlands, muss man

erwarten können, dass er sich bei allen Aeusserungen der politischen und moralischen Tragweite seiner Worte bewusst bleibt. Hitlers Telegramm zeigt wiederum das: dass der nationalsozialistische Führer zwar ein Mann des schnellen, aber keineswegs überlegten Entschlusses ist. Wie wenig Sinn Hitler zudem für den Grundsatz der Unabhängigkeit des Richters hat, beweist sein Angriff gegen die Reichsregierung in demselben Telegramm, die er ganz zu Unrecht für das Urteil, das ein unabhängiges Gericht fällte, verantwortlich macht."

-----

SPD. Köln, 23. Aug. (Fig. Drahtb.)

In Paffrath bei Köln wurden vier Leute verhaftet, die falsche Fünfmarkstücke vertrieben. Darunter befindet sich ein Blinder, der voriges Jahr in einem Bruderkrieg durch einen Kopfschuss sich selbst das Augenlicht nahm. Bei ihm fand man auch in der Wohnung versteckt zwei Gewehre und Munition. Die Falschmünzwerkstatt selbst konnte noch nicht entdeckt werden. Man vermutet, dass die Verhafteten einer grossen Falschgeldorganisation angehören, zumal, wie festgestellt wurde, der Blinde schon seit Monaten Tag für Tag bis fast nach Elberfeld-Barmen hin Falschgeld vertrieben hat.

-----

(Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören am Mittwoch  
vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

## Nach Beuthen und Brieg!

SPD. Der "Völkische Beobachter" antwortet auf die Beuthener Todesurteile mit einer wahren Flut von Beschimpfungen und Drohungen. Hitler selbst erlässt einen Aufruf, der an wüsten Drohungen kaum mehr zu überbieten ist. Er spricht von "dieser Regierung der Hinrichtung", mit der die Nationalsozialisten auch fertig würden; er schreibt von "Bluttribunalen des Herrn von Papen" und meint: "Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils gibt es für uns erst recht nur einen einzigen Lebensinhalt, Kampf und wieder Kampf. Der Kampf um das Leben unserer fünf Kameraden setzt nun ein."

Im übrigen besitzt Hitler in diesem Aufruf die Geschmacklosigkeit, mit den Beuthener Todesurteilen nachträglich seinen Nichteintritt in das Kabinett Papen zu begründen. Er schreibt: "An die deutschen Volksgenossen! Wer von euch ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese bürgerliche Regierung einzutreten. Die Justiz des Herrn von Papen wird am Ende vielleicht Tausende von Nationalsozialisten zum Tode verurteilen. Glaubt man, dieses von Blindheit geschlagene, das ganze Volk herausfordernde Vorgehen auch mit meinem Namen decken zu können? Die Herren irren sich! Herr von Papen, Ihre blutige Objektivität kenne ich nicht. Ich wünsche dem nationalen Deutschland den Sieg und seinen marxistischen Zerstörern und Verderbern die Vernichtung. Zum Henker des nationalen Freiheitskampfes des deutschen Volkes aber eigne ich mich nicht."

Die Beuthener Todesurteile waren die ersten, die aufgrund der verschärften Strafbestimmungen der Notverordnung vom 9. August erlassen wurden. Es wird gut sein, angesichts der Wutausbrüche des "Völkischen Beobachters" an das Siegesgeheul zu erinnern, das das Blatt sofort nach dem Bekanntwerden dieser Notverordnung anstimmte. "Endlich ein Anfang", so schrieb der "Völkische Beobachter" am 11. August. "Endlich hat sich eine Reichsregierung entschlossen, dem Treiben dieses Untermenschentums die Faust zu zeigen. Wir müssen nunmehr aber auch erwarten, dass die neuen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit voller Schärfe angewandt werden. Wenn diese Lumpen endlich an die Wand gestellt werden, wird auch rasch wieder die Sicherheit der Strasse hergestellt sein. Selbstverständlich können auch diese endlichen Massnahmen der Reichsregierung nur als ein Anfang gewertet werden."

Im weiteren forderte das Blatt damals die sofortige Verhaftung und Aburteilung von Parteifunktionären, die konzentrische Ausräucherung der Mordviertel und die Unterbringung verdächtiger und intellektueller Anstifter in Konzentrationslagern. Natürlich meinte das Hitlerorgan damit nicht die Mordbuben im eigenen Lager, wie es überhaupt gewohnheitsmässig absichtliche Täuschung der Öffentlichkeit durch die Nationalsozialisten ist, immer nur von den eigenen Opfern, nicht aber auch von den Mördern in den eignen Reihen zu sprechen.

Hitler hat sich durch folgendes Telegramm an die zum Tode verurteilten Nationalsozialisten mit den Mördern ausdrücklich solidarisch erklärt:

"Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsre Pflicht."

Die Bundes-Pressestelle des Reichsbanner schreibt zu den Sondergerichts-urteilen von Brieg und Beuthen in längeren Ausführungen unter anderem:

Mit tiefer Erschütterung und erbitterter Enttäuschung hat das freie Deutschland das Urteil des Sondergerichts in Brieg vernommen, das



Mitglieder des Reichsbanners mit schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen belegte. Das Urteil macht den völlig missglückten Versuch, den Vorgängen während des blutigen Sonntags in Ohlau gerecht zu werden; es ist überdies von einem Sondergericht gefällt worden, das nach unserer festen rechtlichen Überzeugung, zugleich nach dem Gutachten namhafter Juristen, nicht zuständig war, da die Ohlauer Vorgänge sich einige Wochen vor Erlass der Notverordnung betr. Sondergerichte abgespielt haben. Es ist ein anerkannter Rechtsgrundsatz, dass jedes Vergehen nur nach den Gesetzen geahndet werden darf, die zur Zeit des Vergehens bereits gültig waren.

Bei einem Zusammenstoss, dessen letzte und eigentliche Ursache der beispiellose nationalsozialistische Terror in Schlesien ist, haben die nationalsozialistischen Provokateure und Terroristen erfahren müssen, dass auch der freiheitlich gesinnten Bevölkerung einmal die Geduld reisst. Mit nicht zu schildernder Geduld haben unsere Kameraden in Schlesien, wo der berühmte Fememörder Heines Führer der SA. ist, aber auch in den übrigen Teilen des Reichs Verleumdungen, Beleidigungen aller Art, gewalttätige Angriffe auf Leib und Leben seit Jahr und Tag über sich ergehen lassen. In knapp zwei Monaten sind nicht weniger als 20 Reichsbannerkameraden von nationalsozialistischen Mördern ums Leben gebracht worden. Wir werden es daher nicht dulden, dass der klare Sachverhalt verwischt wird. Die Zusammenstösse in Ohlau sind erst dann erfolgt, als nach grundlosen, aus reiner Willkür hervorgerufenen Überfällen der Nationalsozialisten auf republikanische Arbeiter sich die gepeinigte, bis aufs Blut gereizte Bevölkerung dieser Stadt zu Handlungen der Notwehr und Vergeltung hat hinreissen lassen. Es ist hinreichend bekannt, dass die Bundesführung des Reichsbanners jede ungesetzliche Handlung von Kameraden des Reichsbanners missbilligt, aber wir glauben, dem leidenschaftlichen Gefühl von Millionen von Volksgenossen Ausdruck zu geben, wenn wir sagen, dass die Zeit vorbei sein muss, wo sich Republikaner widerstandslos und schutzlos abschlagen lassen müssen. Das Urteil von Ohlau geht offenkundig an wesentlichen Punkten des Tatbestandes, vor allem aber an äusseren und inneren Zusammenhängen und an der verzweifelten Stimmung einer sich schutzlos fühlenden Bevölkerung glatt vorbei. Wir sind sicher, dass dieses Urteil eines unzuständigen Sondergerichts niemals als Recht anerkannt werden wird. Die vor kurzem gegründete Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe des Reichsbanners wird den Verurteilten und ihren Angehörigen treu zur Seite stehen. Wir werden ausserdem kein Rechtsmittel unversucht lassen, um das unerträgliche Urteil des Brieger Sondergerichts abzuändern.

Fast zu gleicher Zeit hat das in Beuthen tagende Sondergericht 5 Todesurteile gegen nationalsozialistische Mörder gefällt. In einem Teil der Presse wird versucht, die Vorfälle in Ohlau und Potempa auf eine Stufe zu stellen. Diesen Versuchen gegenüber ist zu erklären: In Ohlau war es im Verfolg einer allgemeinen Schlägerei zu Verletzungen mit tödlichem Ausgang gekommen, in Potempa war es ein planmässig, mit Absicht und voller Überlegung durchgeführter Mord an einem Schlafenden. Die furchtbare Bluttat wird zudem in ihrer rechtlichen und politischen Bedeutung durch die erschreckende Tatsache überboten, dass der Fememörder Heines den Versuch gemacht hat, entgegen den klaren Bestimmungen der von der Reichsregierung verordneten Burgfriedens durch Massentransport der SA. das Sondergericht in Beuthen unter den Druck der Strasse zu setzen.

Wer angesichts dieses klaren Sachverhalts die Fälle von Ohlau und Potempa als gleichwertig betrachten will, übernimmt die volle moralische Mitverantwortung die die Flut furchtbarer politischer Verbrechen, die seit Bestehen der nationalsozialistischen Bewegung das politische Leben Deutschlands vergiftet haben.

+

+

+

### Für die Redaktionen:

Die Reichspressestelle übermittelt uns zur Weitergabe die untenstehende Kundgebung. Sie bittet uns, darauf hinzuweisen, dass es sich um eine amtliche Kundgebung handelt, die an hervorragender Stelle abgedruckt sei. Gleichzeitig sucht sie einen Druck auszuüben durch den Hinweis, dass in Falle des Nichtabdrucks die Nachricht als Auflage-Nachricht veröffentlicht werde. Dieser Hinweis ist bei sozialdemokratischen Redaktionen besonders in diesem Falle sicher überflüssig!

### Kundgebung der Reichsregierung und Preussischen Staatsregierung.

Gezwungen durch Gewalttaten im innerpolitischen Kampf, welche das Ansehen des Reiches aufs schwerste gefährdeten, hat der Herr Reichspräsident, auf Vorschlag der Reichsregierung die schärfsten Strafen gegen den politischen Terror verhängt. Mit dem Augenblick, in dem diese Verordnung in Kraft getreten ist, muss sie gleichmässig gegen jedermann, der Recht und Gesetz verletzt, ohne Ansehen der Partei oder der Person Anwendung finden. Die Reichsregierung wird nötigenfalls alle Machtmittel des Staates einsetzen, um den Vorschriften des Rechts unparteiisch Geltung zu verschaffen, und wird nicht dulden, dass sich irgendeine Partei gegen ihre Anordnungen auflehnt. Ebenso wenig wird sich die Preussische Staatsregierung durch politischen Druck in der pflichtmässigen Prüfung beeinflussen lassen, ob sie ihr Begnadigungsrecht im Falle der Beuthener Todesurteile ausüben kann.

Die leidenschaftlichen Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen diese Urteile erhoben worden sind, sollten sich gegen die Urheber der blutigen Ereignisse und nicht gegen die Staatsgewalt richten, die im Interesse der Gesamtheit zu so scharfen Massnahmen greifen musste.

Die Reichsregierung wird jedem Versuch, die Grundsätze des Rechtsstaates zu verfälschen und die politischen Leidenschaften zu erneuten Ausschreitungen aufzustacheln, zu begegnen wissen.

SPD. Paris, 23. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische "Populaire" hatte am Dienstag eine "Presseinterpellation" an den Marineminister gerichtet. Das Blatt hatte aufgrund einer Mitteilung aus Cherbourg gemeldet, dass kurz nach dem Untergang des U-Bootes "Prométhée" ein zweiter ähnlicher Unfall bei dem U-Boot "Argo" erfolgte, der aber glücklicherweise besser abgelaufen sei. Ebenfalls bei einer Übungsfahrt sei das Boot plötzlich in die Tiefe gesunken, und zwar weil die Sicherheitsventile an den Wasserbehältern nicht funktioniert hätten. 18 Stunden lang habe das Boot am Boden des Meeres gelegen, bis es endlich der Besatzung und den an Bord befindlichen Arsenalingenieuren und Arbeitern gelungen sei, den Schaden wieder zu beheben. Dabei sei aber ein Arsenalarbeiter vor Aufregung gestorben und ein Matrose sei irrsinnig geworden.

Das Marineministerium dementiert diese Interpellation des sozialistischen Blattes. Es sei überhaupt kein Unfall vorgekommen. Das U-Boot "Argo" habe lediglich längere Tauchfahrten unternommen, die alle ohne jeden Zwischenfall zur vollen Zufriedenheit der Marinebehörden verlaufen seien. Das Boot sei jetzt bereits in Dienst gestellt worden.

# Aus aller Welt

## Gumbel zur Strecke gebracht!

Dem Entlarver der Fememörder wurde die Lehrberechtigung entzogen!

SPD. Das badische Kultusministerium hat auf Antrag der philosophischen Fakultät und des engeren Senats der Universität Heidelberg dem ausserordentlichen Professor Gumbel die Lehrberechtigung entzogen. Verschiedene Aeusserungen politischer Natur, in ihrer Formulierung nicht immer glücklich gewählt, gruben ihm das Grab, an dem die Reaktion schon lange schaufelte. Sagte doch erst in einer Kundgebung kurz vor den Reichstagswahlen der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Rupp: "Wie auch Rektor und Fakultät entscheiden mögen - wir werden nachholen, falls sie etwas versäumen sollten. Sorgen Sie dafür, dass am 31. Juli der Grundstein für den deutschen Staat gelegt wird, in dem Gumbel und Konsorten unmöglich sind. Geschieht das, dann kann Gumbel am 1. oder 2. August beerdigt werden." Die Nazis konnten nicht die Diktatur, die sie sich erträumten, errichten - Gumbel soll trotzdem "beerdigt" werden, falls nicht noch die Entscheidung durch das Badische Staatsministerium abgeändert wird.

Professor Gumbel gilt als erste Kraft auf dem Gebiet der mathematischen Statistik. Vor kurzem erst erhielt er eine Einladung zu Vorträgen nach Amerika; anschliessend wird er sechs Gastvorlesungen an der Pariser Sorbonne halten. Auch der Untersuchungsausschuss der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg erkennt an: "Zweifellos hat Professor Gumbel wissenschaftliche Qualitäten und wissenschaftliches Interesse. Der Wert seiner wissenschaftlichen Leistungen ist weithin anerkannt und wird auch seitens des Ausschusses in keiner Weise bezweifelt."

Aber Gumbel hat sich politisch missliebig gemacht. Er soll nach Aussage dreier nationalsozialistischer Studenten in einer geschlossenen Versammlung der sozialistischen Studentenschaft am 27. Mai eine auch nach dem Ergebnis der Untersuchungen nicht mehr im Wortlaut feststellbare Gegenüberstellung von "leichtbekleideter Jungfrau" und "Kohlrübe" bezüglich eines Kriegerdenkmals gemacht haben. Nur so viel wurde festgestellt, dass die Worte als solche gefallen sind. Die Verbindung konnte nicht mehr rekonstruiert werden. Die Sozialisten haben bekundet, diese Aeusserung nicht beachtet zu haben; die Nationalsozialisten behaupten, dass sie diese Aeusserung, sofort nachdem sie gefallen war, notiert hätten. Gumbel selbst erklärt, dass er gemeint habe, in der Zeit des Krieges, die er im Gegensatz zu den Lobpreisern des Krieges von heute als Soldat mitgemacht hat, sei der Hunger zu dem schliesslich alles überragenden Gefühl geworden und deswegen wäre die Kohlrübe, das Hauptnahrungsmittel dieser Zeit, sozusagen das Symbol und Denk-Mal des Krieges. Während die damalige Zeit den Krieg in seiner Schauerhaftigkeit erkannte, während namentlich die Soldaten von ihm in durchaus despektierlicher Weise sprachen, versuche die spätere Zeit seinen fürchterlichen Ernst zu vermindern und ihn, auch durch Denkmäler, zu verklären.

Bei dem Antrag des Untersuchungsausschusses, dem sich der Senat anschloss, stützte man sich auch auf die angebliche Aeusserung Gumbels aus dem Jahre 1924 vom "Feld der Unehre", auf dem die Opfer des Weltkrieges gefallen seien. Der radikale Pazifist Gumbel sprach damals in einer Kriegsbeschädig-

tenversammlung. Von denen, an die die Worte gerichtet waren, dürfte keiner ihren Sinn missverstanden haben: Gumbel wollte den Krieg an sich als etwas Unehrenhaftes diffamieren, weil nicht die Völker, sondern die Drahtzieher hinter den Kulissen für ihn verantwortlich seien. Jene chauvinistische Böswilligkeit freilich, die heute in den Nazis ihren vollkommensten Ausdruck findet, bemühte sich, Gumbels Formulierung gründlich misszuverstehen.

Gumbel ist den Finsterlingen aber vor allem auch als Kämpfer gegen die Fememörder verhasst. Seine Bücher "Zwei Jahre Mord", "Vier Jahre Mord" und "Verräter verfallen der Feme" enthüllten schonungslos vor aller Öffentlichkeit jene schauerliche blutige Wahrheit, die aus Deutschland ein Mordland machte. Weil Gumbel die nationalsozialistische Bewegung und ihre Vorläufer schon im Jahre 1920 als das erkannte und brandmarkte, was sie ist und als was sie jetzt erst wieder der Blutmord von Potempa enthüllte: als eine Organisation, die sich schützend vor Meuchelmörder stellt - deshalb galt ihr der abgrundtiefe Hass der Nazis.

Dass das badische Kultusministerium sich dem Antrag der Professorenschaft und der nationalsozialistischen Meute beugte, ist nur ein Zeichen mehr dafür, wie stark das Bürgertum bereits in seinen eigenen Ansichten durch die nationalsozialistische Agitation sich hat erschüttern lassen.-

+ + +  
Es bleibt kühl. Es ist jetzt einheitlich in ganz Deutschland kühl und ziemlich aprilmässig geworden. Da wir im Bereich einer kräftigen nördlichen Luftströmung liegen, ist auch mit einem nochmaligen Einsetzen der Hitzeperiode vorläufig nicht zu rechnen. Die Voraussage lautet: teils heiter, teils wolkig, verhältnismässig kühl und bei nördlichen Winden abnehmende Regenneigung.

+ + +  
Motorbootbrand. Auf der Havel in der Nähe von Berlin-Pichelsdorf geriet ein 14 Meter langes Motorboot in Brand. Der Führer des Bootes erlitt schwere Brandverletzungen und musste ins Krankenhaus gebracht werden. Die Feuerwehr wurde zur Löschung hinzugezogen.

+ + +  
Keine Thielecke-Spur. Von dem gemeinsam mit einem Komplizen aus der Strafanstalt Berlin-Plötzensee entsprungenen Muttermörder Calistros Neuhaus-Thielecke fehlt noch jede Spur. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, dass die Untersuchung über den Geisteszustand Thieleckes jetzt gerade endgültig abgeschlossen war. Nach ärztlicher Meinung liegt keine Unzurechnungsfähigkeit des bis zuletzt beobachteten Verurteilten vor. Da auch das Gnadengesuch für den zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten Muttermörder abgelehnt worden war, wäre in diesen Tagen seine Ueberführung ins Zuchthaus erfolgt.

+ + +  
Gronau in Alaska. Der deutsche Amerika-Flieger Wolfgang von Gronau ist mit seinem Dornier-Wal auf dem Gastineau-Kanal bei Juneau (Alaska) gelandet. Nächstes Ziel: Cordova.

+ + +  
Ueber den Kanal gerudert. Fünf italienische Medizinstudenten haben in einem Ruderboot den Aermelkanal überquert.

+ + +  
Hochzeit im Sarge. In Temerin (Jugoslawien) wurde eine 82jährige Bäuerin im Hochzeitskleid beerdigt. Die Verstorbene hatte in ihrer Jugend ein Keuschheitsgelübde abgelegt. In ihrem Testament war dem Wunsch Ausdruck gegeben, ihre Totenfeier als Hochzeitsfest zu begehen.

+ + +

Einstein nach USA! Professor Albert Einstein wurde vom Flexner-Institut von Princeton (USA) eingeladen, auf Lebenszeit in das Institut einzutreten. Das Flexner-Institut wurde aus den Mitteln einer 5 Millionen Dollar-Stiftung des New Yorker Warenhausbesitzers Louis Bamberger und der Witwe Felix Foulds errichtet. Professor Einstein hat die Einladung angenommen. Er beabsichtigt, gemeinsam mit seinem Assistenten, Dr. Walter Meyer, jährlich fünf Monate in diesem Institut zu arbeiten. Die Wahl seiner Arbeitsthemen ist ihm vollkommen freigestellt.

Vermisster Kanalschwimmer. Der deutsche Kanalschwimmer Fritz Fischer, der vom französischen Cap Gris Nez nach England gestartet war, wird seit Montag-Abend 10 Uhr vermisst. Man befürchtet, dass Fischer in westlicher Richtung abgetrieben wurde.

Blitz in der Kirche. Die zum Rittergut Billberge (nahe Stendal) gehörige Kirche wurde durch Blitzschlag eingeäschert.

196 Luftstunden! Die amerikanischen Fliegerinnen Louise Thaden und Frances Marsalis beendeten einen Flug von 196 Stunden Dauer. Der bisherige Frauen-Weltrekord im Dauerflug belief sich auf 123 Stunden.

Glück und Tod. Im Europa-Flug legte am Mittwoch der deutsche Pilot Seidemann die gewaltige Flugstrecke Rom-Lyon-Genf-St. Gallen-Stuttgart-Bonn zurück. Das Wetter war auf der in jeder Beziehung schwierigen Strecke nicht einmal sehr günstig. Seidemann, der von Anfang an an der Spitze des Europa-Teams flog, hat mit seinem Flug eine Rekordleistung vollbracht.

Leider ist auch ein Todessturz zu beklagen. Unweit der Wendemarke Albenga (Nordwestitalien) stürzte der italienische Europa-Rundflieger Vittorio Suster mit seiner Maschine - vermutlich infolge Flügelbruchs - ab. Suster wurde verletzt; sein Begleiter, der Redakteur einer italienischen Sportzeitung, verunglückte tödlich.

Cermak in Berlin. Der Chicagoer Oberbürgermeister Anton Cermak, der zurzeit eine Europa-Reise unternimmt, wurde am Dienstag-Mittag vom Berliner Bürgermeister Dr. Elsas empfangen.

Staatlicher Rattenfänger. Die thüringische Regierung stellte einen Rattenfänger staatlich an, da er sich durch besonders tüchtige Leistungen ausgezeichnet hatte: er war ihm gelungen, in kurzer Zeit mehr als 10 000 Bisamratten zu fangen und zu töten.

Todestanz. An einem Preistanzen in Bad Flinsberg beteiligte sich ein bejahrter Apotheker. Als man ihm den ersten Preis aushändigen wollte, fiel er tot um.

Der grösste Schuh. Der Obersthofener Schuhmachermeister Joseph Schratt zeigt auf der anlässlich der deutschen Schuhmachertagung in Nürnberg veranstalteten Ausstellung einen Stiefel von 3,2 Meter Länge, 1,7 Meter Höhe und 5,5 Zentner Gewicht. Der Stiefel wurde innerhalb von drei Wochen von vier Gesellen hergestellt.

Ein Asaka-Erlass? Das archäologische Departement von Patna (am Ganges) hat in einer Höhle des Distrikts von Sambalpur eine Felsinschrift entdeckt. Obwohl ihre Entzifferung bis jetzt noch nicht gelungen ist, besteht Grund zu der Annahme, dass es sich um einen der berühmten Erlasse des grossen buddhistischen Herrschers Asaka an sein Volk und somit um einen Fund von hoher wissenschaftlicher Bedeutung handelt.



## Oesterreich in Fesseln.

### Annahme des Lausanner Anleihevertrags.

SPD. Wien, 23. Aug. (Eig. Ber.)

Im österreichischen Nationalrat hat sich am Dienstag 12 Uhr 30 mittags das politische Schicksal Oesterreichs für viele Jahre vollzogen. Der Nationalrat hat mit 82 gegen 80 Stimmen den Einspruch des Bundesrats gegen den Lausanner Anleihevertrag verworfen. Er hat, nachdem im Nationalrat zuerst mit 81 gegen 80 Stimmen der Vertrag angenommen, nachdem im Bundesrat gegen eine Mehrheit von 5 Stimmen der Vertrag abgelehnt worden war, den von der Verfassung vorgesehenen "Beharrungsbeschluss" gefasst, der den Einspruch des Bundesrats wirkungslos macht. Die österreichische Sozialdemokratie hat zusammen mit den Grossdeutschen und Teilen des gespaltenen Heimatblocks vergeblich dagegen angekämpft, dass um den Preis einer für die österreichischen Bedürfnisse viel zu geringen internationalen Anleihe die politische und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit Oesterreichs besonders gegenüber Deutschland auf Jahrzehnte hinaus unmöglich gemacht wird.

Es ist wahrlich so, dass Oesterreich, das durch internationale Verträge fast lebensunfähig gemacht worden ist, nur, um noch am Leben bleiben zu können, jetzt in schwerste internationale Finanzfesseln gezwungen worden ist. Unter den Wirkungen des Lausanner Protokolls wird das gesamte österreichische Volk und insbesondere die österreichische Arbeiterschaft zu leiden haben; denn die wirtschaftlichen Vorteile, die die Lausanner Anleihe mit sich bringt, sind ausserordentlich geringfügig im Verhältnis zu den wirtschaftlichen und politischen Nachteilen, die Oesterreich aus dem Uebereinkommen erwachsen.

Die Regierungen Englands, Italiens, Frankreichs und Belgiens gewähren Oesterreich eine Anleihe von 300 Millionen Schilling (nominell 180 Millionen Mark). Dabei steht es noch nicht fest, ob Oesterreich die ganzen 300 Millionen Schilling wirklich erhalten wird. Es ist auch unwahrscheinlich, ob der Anleiheerlös vor Mitte November zur Verfügung stehen wird. Oesterreich steht es nicht frei, über den Anleihenerlös zu verfügen, sondern es ist streng an die Bedingungen des Lausanner Protokolls gehalten. Dieses Protokoll aber sieht vor, dass 100 Millionen Schilling sofort von der Nationalbank zur Abzahlung einer gleichhohen Schuld bei der Bank von England zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese 100 Millionen waren bei dem Zusammenbruch der österreichischen Creditanstalt, als Frankreich an die Gewährung desselben Darlehens politische Bedingungen stellen wollte, von der englischen Arbeiterregierung kurzfristig zur Verfügung gestellt worden. Weitere 90 Millionen Schilling müssen an die BIZ zurückgezahlt werden, die mit diesem Betrage auf die kommende Anleihe einen dreimonatigen Vorschuss gewährt hatte. Tatsächlich garantiert ist bisher nur ein Betrag von insgesamt 230 und nicht 300 Millionen Schilling, sodass insgesamt nur noch 40 Millionen nach den Rückzahlungen an die Bank von England und an die BIZ zur Verfügung stehen. Selbst wenn aber der freibleibende Betrag nach Vollzahlung des Anleiheerlöses 110 Millionen Schilling ausmachen wird, so wird dieser Betrag kaum dazu ausreichen, dass Oesterreich die Rückstände aus dem jetzt schon 1/2 Jahr wirksamen Auslands-moratorium auf die ausländische Schuld wird zahlen können.



Die einzigste positive Wirkung des Lausanner Uebereinkommens besteht in einer teilweisen Umwandlung kurzfristiger in langfristige ausländische Schulden und in der Möglichkeit, einen Teil der aufgelaufenen Zinsrückstände zu bezahlen. Kein Gedanke daran - was für Oesterreich lebenswichtig gewesen wäre, dass die Anleihe auch nur zu kleinen Beträgen zur Auffüllung des österreichischen Devisenvorrats und damit zur Stützung der Schillingwährung dienen wird; kein Gedanke daran, dass zur Besserung der österreichischen Wirtschaftsverhältnisse aus dieser Anleihe auch nur ein Groschen zur Verfügung stehen wird.

Den kaum nennenswerten Vorteilen stehen ungeheuerliche politische Belastungen gegenüber. Oesterreich muss sich eine ausländische Kontrolle gefallen lassen. Die Nationalbank erhält einen ausländischen Berater, ebenso die österreichischen Bundesbahnen. Aus der Kontrolle der österreichischen Bundesbahnen ergeben sich schwere sozialpolitische Rückwirkungen; denn wenn, wie erwartet, die Bundesbahn nach dem Gutachten der schweizerischen Sachverständigen saniert wird, dann werden die Gehälter und Löhne, die ohnehin sehr niedrig sind, abgebaut, was nicht ohne Fernwirkungen bleiben wird. Unbillig aber und geradezu tragisch sind die politischen Bedingungen. Oesterreich hat auf 20 Jahre darauf verzichten müssen, irgendeine engere Bindung mit Deutschland einzugehen und sei es auch nur eine wirtschaftliche.

Dabei ist Oesterreichs wirtschaftliche Lage verzweifelt. Die von Frankreich geförderte Einbeziehung Oesterreichs in eine Donauföderation hat wenig Aussicht auf Verwirklichung: die Vorteile für Oesterreich wären daraus auch nur sehr gering. Einmal ist die wirtschaftliche Lage der südöstlichen Staaten Europas so katastrophal, dass sie als Abnehmer von österreichischen Industrieprodukten nicht in Betracht kommen, zum anderen ist auch von Präferenzverträgen nicht viel zu erwarten. In Oesterreich selbst ist das Budget noch nicht saniert. Immer noch ist der Komplex der Creditanstalt nicht bereinigt. Die Sanierung der Bundesbahn ist auf den Herbst verschoben. Der einzige Weg aber, der Oesterreich auf die Dauer helfen könnte, der engere wirtschaftliche Anschluss an Deutschland, der mit der Beseitigung der Gebietsbeschränkung auch einen gesunden Waren- und Kapitalaustausch ermöglichen würde, ist verschlossen.

Die österreichische Sozialdemokratie hatte Recht, wenn sie diesen unwürdigen und Oesterreichs Lebenskraft auf die Dauer nur hemmenden Vertrag, der bestenfalls auf 1/2 Jahr Luft schafft, aufs schärfste bekämpfte. Dass es zu diesem Vertrage aber kommen konnte, ist nicht zuletzt auch eine Folge der durch die Wirtschaftskrise geschwächten Stellung der Arbeiterklasse in Europa; denn weder hätte eine von der Arbeiterschaft geführte österreichische Regierung sich auf einen derartigen Vertrag eingelassen, noch hätte England, wenn die Arbeiterregierung noch an der Macht wäre, Frankreich bei diesem Vertrage Hilfsdienste geleistet.

SPD. Die zwölf Verträge, die am letzten Sonnabend in Ottawa unterzeichnet wurden, sind veröffentlicht worden, obwohl es anfänglich hiess, sie sollten bis zum Zusammentritt der Parlamente geheim bleiben. Das Halbdunkel, in dem die Konferenz schloss, lichten sie indessen nur in sehr geringem Mass, denn die neuen Tarifsätze, mit welchen die englische Industrieimport nach den Dominions begünstigt werden sollen, werden erst später bekannt gegeben, und viele Details von grosser Wichtigkeit werden in Ottawa, wie man erfährt, garnicht endgültig geregelt. Ziemlich eingehend aber kennt man die Vergünstigungen, die England durch eine Erhöhung seiner Zollmauern den Dominions gewährt. Der Preis, den das Mutterland für noch grossenteils unge-

wisse Vergünstigungen durch die Tochterstaaten zu bezahlen gewillt ist, ist nicht unbedeutend.

Das Prinzip "vernünftiger Konkurrenz", die dem englischen Erzeugnis gegenüber dem einheimischen Industrieerzeugnis gewährt werden soll, ist sehr vage. Englische Industrielle sollen ihre Wünsche und Beschwerden vor der australischen und kanadischen Zollkommission vortragen können, und diese soll nur Zölle für die heimische Industrie gewähren, die "vernünftige Konkurrenz auf der Basis der jeweiligen Kosten bei wirtschaftlicher Produktion" möglich machen, "wobei jedoch in der Anwendung dieses Prinzips noch nicht endgültig etablierte Industrien berücksichtigt werden sollen." Man weiss aus Erfahrung, dass solche Formulierungen völlig ausreichen, um schutzzollüsternden Produzenten alle juristischen Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Wünsche zu geben. Auf 220 Positionen des kanadischen Tarifs gewährt die kanadische Regierung erhöhte Präferenzen; wie wertvoll das für England ist, lässt sich nicht sagen, solange man nicht den Umfang der Präferenzen und die Artikel kennt. Aehnlich vage sind alle anderen zu gunsten Englands gemachten Konzessionen; nur im Falle des englisch-indischen Vertrages weiss man, dass Indien für eine Reihe wichtiger englischer Ausfuhrwaren eine Präferenz von 10 % gewährt - aber hier ist der Vertrag kürzer befristet als auf fünf Jahre wie die anderen, weil der neuen Indischen Legislative freie Hand gelassen werden soll. Jedenfalls hat man bis jetzt nur das Wort der englischen Delegation dafür, dass England in Ottawa ein gutes Geschäft abgeschlossen hat.

Englands Gegenleistung ist die Fortsetzung des bisherigen Präferenzen, unter denen Empirewaren zollfreien Eintritt nach England haben, und eine Reihe von Präferenzen auf Lebensmittel, die wohl geeignet sind, den Lebensunterhalt in England zu verteuern, - wenn man auch anerkennen muss, dass die Zollsätze nicht hoch sind. Von ausserhalb des Empire kommender Weizen zahlt 2 Schilling pro Quarter, (Hohlmass von ca. 288 Liter) Mais 10 % vom Wert, Butter 15 Schilling pro Zentner, Käse 15 % vom Wert, Eier 1,9 Schilling pro 112 Stck. Der Vorzugszoll für Kaffee und Wein wird erhöht. Die Fleischeinfuhr wird in noch nicht feststehender Weise kontingentiert, wogegen sich Australien verpflichtet, die Produktion zu regulieren. Kupfer aus dem Ausland zahlt einen Zoll von 2 Pence pro Pfund. Es ist möglich, dass das Parlament zur Ratifizierung dieser Abmachungen schon vor Ende Oktober einberufen werden wird.

Die Labourparty wird natürlich die Abmachungen von Ottawa bekämpfen, und sie protestiert dagegen, dass das Land auf Jahre hinaus auf eine Politik der Lebensmittelzölle festgelegt wird, die auf Bevölkerungskreisen mit kleinen Einkommen schwer lasten müssen. Diese Belastung wird nicht ohne Einfluss bleiben auf die Aussichten der Labourpartei bei den nächsten Wahlen.

SPD. Auch im September wird es bei einer 50% igen Devisenzuteilung für die Wareneinfuhr im Aussenhandel bleiben, nachdem in den letzten Monaten die Devisenbilanz der Reichsbank im wesentlichen im Gleichgewicht geblieben ist.

#### Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 23. August. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 103, II. 93, abfallende Sorten 86 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.

SPD. Die Regierung Papen hatte sich bisher gegenüber dem noch unter dem Kabinett Brüning durchgeführten Kauf der Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks A.G., der bekanntlich zugunsten von Friedrich Flick 100 Millionen Mark Reichsgelder kostete, totgestellt. Aus der ersten Ankündigung, das Reichskabinett wolle eine besondere Kommission zur Untersuchung der Gelsenkirchener Transaktion einsetzen, ist nichts geworden. Auch die weiter aufgetretene Behauptung, dass in der Person des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ein Reichskommissar für die Gelsenkirchener Angelegenheit eingesetzt werden sollte, dem zugleich auch die Sanierung des Stahlvereins anzuvertrauen wäre, hat sich verflüchtigt. Jetzt kommt eine Meldung, die übrigens von den Reichsbehörden bestätigt zu sein scheint, nach der ein aktives Interesse der Papen-Regierung sichtbar wird.

Nach dieser Meldung soll Herr von Flotow vom Bankhaus Hardy & Co., das bei dem Erwerb der Gelsenkirchener Mehrheit zugunsten des Reiches führend tätig war, als Vertrauensmann des Reiches zunächst in den Aufsichtsrat der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. eintreten und fernerhin mit der Vorbereitung der Sanierung des Stahlvereins betraut werden. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" begrüsst mit einer gewissen Genugttung, dass das Reich bei seiner Einflussnahme sich auf die im Aktienrecht gegebenen Möglichkeiten beschränken werde. Wir finden, dass diese "Beschränkung" noch längst keine Ausschöpfung der Möglichkeit des Aktienrechts ist. Das Reich besitzt heute die volle Mehrheit der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. und damit auch die Herrschaft über die Vereinigte Stahlwerke A.G.. Logisch wäre, dass das Reich sofort die Majorität im Aufsichtsrat von Gelsenkirchen und vom Stahlverein verlangt und besetzt hätte; ebenso auch, dass das Reich viel energischer, als es bisher geschehen ist, auf die finanzielle Sanierung des Stahlvereins gedrängt hätte.

Es ist ein wirtschaftlicher Skandal, dass die Sanierung des Stahlvereins noch immer nicht in Angriff genommen ist, nachdem die Spatzen längst von den Dächern pfeifen, dass der Stahlverein finanziell bewegungsunfähig geworden ist. Es war wirklich höchste Zeit, dass die Sozialdemokratie die Verstaatlichung der Schwerindustrie gefordert hat. Es wäre zu wünschen, dass mit dieser Verstaatlichung sofort ernst gemacht würde, weil dann die Sanierung des Stahlvereins eine einfache Folge der Auseinandersetzungen bei der Verstaatlichung wäre.

---

### Berliner Viehmarkt.

---

(23. August.)

SPD. Auf dem Berliner Viehmarkt vom Dienstag wurde die Nachfrage reichlich gedeckt, dass nur das kühle Wetter, das die Kauflust steigerte, die Preise etwas verbessern konnte. Auf dem Rindermarkt waren Ochsen knapp und erzielten leichte Preisbesserungen. Der Kälbermarkt wurde geräumt; bei besseren Qualitäten zogen die Preise an. Auf dem Schweinemarkt war das Angebot etwas reich und die Preise gaben im ganzen weiter nach.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 43 - 44, b) 240 - 300 Pfund 43 - 44 (47), c) 200-240 Pfund 42 - 44 (45-47), d) 160 - 200 Pfund 40- 42 (43-45). e) 120-160 Pfd. 36 -38 (40-43), Sauen 38 - 40 (41-43). Schafe: a) 34-36 (32-33), b) 35-36 (33-34), c) 32-34 (30-32), d) 22-30 (17-28). Kälber: b) 43-50 (42-48), c) 35-45 (35-43) d) 20-30 (20-30). Kühe: a) 24-26 (25-27), b) 20-24 (21-24), c) 17-20 (17-20), d) 10-16 (10-16).

Stetig bei anziehenden Preisen.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Aug.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag fester als an den Vortagen. Es wurden einige Deckungskäufe beobachtet, gleichzeitig fanden auch einige Stützungskäufe statt. Vor allem aber war das Gerücht verbreitet, dass die Regierung ernsthaft weitere Stützungsversuche namentlich beim Roggen unternehmen will. Da auch das Angebot an Brotgetreide etwas geringer war, wurden etwas höhere Preise erzielt. Die Notierungen für prompten Weizen und Roggen lauteten um je eine Mark höher. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen für Weizen schon um  $1\frac{1}{2}$  Mark fester und obwohl sich während des Börsenverlaufs einige Schwankungen bemerkbar machten, konnten die Schlussnotierungen beim Weizen durchschnittlich um  $2\frac{1}{2}$  Mark höher festgesetzt werden. Roggen gewann etwa  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Mark. Auf das Mehlgeschäft konnte diese Bewegung noch keinen Einfluss ausüben. Es herrschte lediglich kleines Bedarfsgeschäft zu unveränderten Preisen. Käufe zur Herbstlieferung wurden auch heute noch beobachtet. Hafer hatte etwas festere Tendenz. Das Angebot ist geringer geworden. Vielfach lauten die Forderungen höher, jedoch war es schwer, die höheren Forderungen beim Konsum durchzusetzen.

	22.8.	23.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	201 - 203	202 - 204
Roggen	153 - 155	154 - 156
Futter- und Industriergerste	156 - 163	156 - 163
Braugerste	172 - 182	172 - 182
Hafer	132 - 137	132 - 137
Weizenmehl	26,00-30,00	25,75-30,00
Roggenmehl	21,40-23,50	21,25-23,50
Weizenkleie	10,00-10,50	9,80-10,30
Roggenkleie	8,50- 9,00	8,50- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 214-215 Geld (212 $\frac{1}{2}$ ) Oktober 215-216 Geld (213 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 217-217 $\frac{1}{2}$  (215), Roggen September 165 (163 $\frac{1}{2}$ ), Oktober 167 (165 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 169 $\frac{1}{2}$ -169 $\frac{1}{2}$ . Hafer September 137 $\frac{1}{2}$  (136 $\frac{1}{2}$ ), Oktober - 139 $\frac{1}{2}$  (137 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 142 $\frac{1}{2}$ -141 (139).

Raufutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM - ,65-- ,85
" Weizenstroh "	" - ,50-0,65
" Haferstroh "	" - ,50-- ,60
" Gerstenstroh "	" - ,50-- ,60
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	" - ,60-- ,80
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" - ,45-- ,55
" Weizenstroh	" - ,35-- ,45
Häcksel	" 1,20-1,45
	Tendenz lustlos
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 1,30-1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	" 1,80-2,10
Luzerne, lose	" 2,10-2,35
Thymothee, lose	" 2,10-2,40
Kleeheu, lose	" 2,-- -2,30
Drahtgepresstes Heu	Pf. 40 über Notiz
	Tendenz stetig.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

## Stählerne Kampffront.

SPD. Der Dortmunder Kongress des Deutschen Metallarbeiterverbandes erörterte am Dienstag in der Stellungnahme zum Vorstandsbericht vor allem die Fragen der Einheitsfront, des Arbeitsdienstes, der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitsbeschaffung.

Die Opposition, die sich schon am ersten Tage zahlenmässig auf sechs Köpfe beschränkt sah, befehlissigte sich einer sanften Tonart. Auch Ziegler-Breslau konnte nicht umhin, zu betonen, dass alles Einigende in den Vordergrund gestellt werden müsse. Von vielen Seiten erfuhr die Taktik der KPD allerschärfste Kritik. Schon bei den Reden der Opposition kam es zu stürmischen Hinweisen aus der Versammlung, dass die Taktik der RGO und vor allem die Taktik der KPD in den Parlamenten den arbeiterfeindlichen Kräften Vorschub leiste. Viele Diskussionsredner wandten sich gegen die Verhetzung der Arbeiterschaft durch die kommunistische Führung. Unter Bezugnahme auf Vorgänge im Hagener Bezirk wurde die Möglichkeit betont, mit den kommunistischen Arbeitskameraden in einer Einheitsfront örtlich zusammenzustehen. Die Hetzer und Verderber sassen in der Führung. Es wurde wiederholt nachdrücklich unterstrichen, dass ein aussichtsreicher Kampf gegen die arbeiterfeinde nicht von oppositionellen Sekten, auch nicht vom Leninbund, geführt werden könne, sondern nur von den grossen kampfgeprobten gewerkschaftlichen Organisationen. Der Vorwurf der Opposition, dass der 20. Juli in Preussen den Generalstreik hätte auslösen müssen, wurde mit dem Hinweis auf die parlamentarische Haltung der KPD gegen die Regierung Braun-Severing beantwortet.

In der Arbeitsdienstfrage wurde schärfste Ueberwachung der örtlichen Vorgänge durch die Ortsausschüsse des ADGB gefordert und empfohlen, nicht abseits zu stehen, sondern sich an der Leitung und Entwicklung des Dienstes den nötigen Anteil zu sichern. Auch hierbei wurde die verschwommene Haltung der KPD gebrandmarkt.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit setzte sich der Kongress mit allem Nachdruck ein. Gelingen es nicht, die Löhne wieder zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen, könne die Arbeitslosenfrage nicht gelöst werden. Von einer Seite wurde der Leerlauf in der gewerkschaftlichen Arbeit kritisiert und eine Rationalisierung in der Gewerkschaftsbewegung in Richtung der Industrieverbände, Vereinheitlichung der Beiträge und der Unterstützungssätze gefordert.

Brandes konnte in seinem Schlusswort feststellen, dass die Gegner durch den bisherigen Verlauf des Verbandstages in ihren Hoffnungen enttäuscht worden seien. Auch die Opposition habe sich Mühe gegeben, sachlich zu bleiben. Der grösste Teil der Debatteredner habe den Bericht des Vorstandes gebilligt. Gegenüber der Opposition erklärte Brandes, ein Kampf gegen die SPD sei ein Kampf gegen die Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Erwerbsgemeinschaften, weil die SPD die treueste Mitkämpferin der Gewerkschaften gewesen sei. In der Frage des Tarifwesens, der Schlichtung, der 40-Stunden-Arbeitswoche stellte Brandes Einigkeit des Kongresses mit dem Vorstand fest. Dem Faschismus prophezeite Brandes, er werde sich in seinem Kampfe gegen die

Gewerkschaften genau so wie die KPD den Schädel einrennen.

Der Vorstandsbericht und die Aussprache darüber fanden ihren Abschluss in einer bedeutsamen Willenskundgebung des Kongresses: Das kapitalistische System hat die Herrschaft über die Gütererzeugung und Verteilung auch in Deutschland völlig verloren. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer ziehen nicht die wirtschaftlich selbstverständliche Folgerung, dass das kapitalistische System abgewirtschaftet hat und einer neuen Wirtschaft, die längst im Werden begriffen ist, Platz machen muss. Zur Unterstützung ihres Kampfes gegen die Arbeiter unterhält und finanziert die Bourgeoisie die faschistischen Organisationen. Es war und ist Pflicht der Verbandsleitung, alle Massnahmen zu unterstützen, die der Sicherung der mit der Demokratie verbundenen Rechte und Freiheiten und der Demokratie selbst dienen sowie die Machtergreifung des Faschismus verhindern. Um den Kampf gegen den Faschismus und die Sozialreaktion möglichst wirkungsvoll zu machen, ruft der Verbandstag alle Metall-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auf, sich im DMV zu vereinigen und damit unter schärfster Ablehnung aller Spaltungsversuche und Einheitsfrontmanöver der KPD und RGO die tatsächliche Einheitsfront der Arbeiter in den Gewerkschaften zu bilden.

Der Verbandstag fordert die Aufhebung aller Massnahmen, die die Lebenshaltung der Massen heruntergedrückt und durch Lohnabbau, brutale Kürzung der Unterstützungen für Arbeitslose, Invaliden-, Unfall- und Kriegsrentner sowie durch Steuer- und Zollerhöhungen die Massenkaufkraft noch mehr gedrosselt, die Wirtschaft schwer geschädigt und die Arbeitslosigkeit wie das Elend noch gesteigert haben. Er verurteilt aufs schärfste die Vergrößerung der Spanne zwischen Männer- und Frauenlohn durch den amtlichen Lohnabbau und die infolgedessen zunehmende Verdrängung der Männerarbeit durch billigere Frauenarbeit. Er verlangt die sofortige Durchführung der von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften beantragten und vom Reichstag beschlossenen Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Zu diesem Zweck erhebt er erneut die Forderung nach gesetzlicher Festlegung der Fünftagewoche, der 40-Stundenwoche.

Der Verbandstag lehnt die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht ab. Beim Freiwilligen Arbeitsdienst, der gegen den Willen der Gewerkschaften verordnet worden sei, müsse unbedingte Sicherheit bestehen für die Freiwilligkeit des Dienstes, für Mitbestimmung der Gewerkschaften in den örtlichen und zentralen Körperschaften, strengste Beschränkung auf solche Arbeiten, die als regulär wirtschaftliche nicht in Frage kommen, für eine höchstens sechstündige tägliche Arbeitszeit an fünf Wochentagen, für angemessene Entschädigung unter billigster Anrechnung der Kosten für Unterkunft und Verpflegung, für Sicherung des gesetzlichen Arbeitsschutzes und völlige Koalitions- und Versammlungsfreiheit.

Der Verbandstag brandmarkt das unverschämte Verlangen insbesondere der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, wonach der Wahnsinn des Lohnabbaus fortgesetzt, die Tarifverträge zerschlagen, das Schlichtungswesen und die Sozialversicherung beseitigt werden sollen. Das Schlichtungswesen verliere für die Gewerkschaften seinen Sinn, wenn es in wirtschaftlichen Krisenzeiten nur die Interessen der Unternehmer berücksichtige. Dann würden die Metallarbeiter auch ohne das Schlichtungswesen im Kampfe ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gestalten wissen. Einen Angriff auf die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte werde die Arbeiterschaft mit den schärfsten Mitteln beantworten..-

Bei dem Antrag auf die Entsendung einer Studienkommission nach Russland wurde den Russlandfreunden einmal das wahre Gesicht Russlands gezeigt. Ein Befürworter dieses Antrags, der Geschäftsführer von Halle, wurde von Urich-Berlin daran erinnert, dass er einmal einem ähnlichen Antrag zuge-



stimmt hat, als er noch Delegierter der örtlichen Berliner Generalversammlung der Metallarbeiter war. In diesem Antrag wurde gefordert, dass sich die Studienkommission der Berliner Metallarbeiter einen eigenen Dolmetscher mitbringen und sich die Reiseziele in Russland selbst wählen könne. Auf die Genehmigung dieser Reise, die bei der russischen Regierung nachgesucht worden ist, warten die Berliner Metallarbeiter noch heute. Der Antrag wurde vom Verbandstag nach längerer Debatte abgelehnt. Ein Antrag, der ein Arbeitsschutzgesetz fordert, und ein Antrag, der eine Uebertragung der Arbeitslosenversicherung auf die Gewerkschaften verhindert wissen will, wurden angenommen. Die übrigen Anträge wurden teils dem Vorstand überwiesen, teils abgelehnt.

-----

SPD. Der Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. August bestätigt im wesentlichen den bereits im letzten Bericht aufgezeigten Tatbestand: die Arbeitslosenziffer sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt. In der ersten Augushälfte - so lautet der neue Bericht - ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um rund 10 000 zurückgegangen. Da angenommen werden muss, dass ein gewisser Teil der ausgesteuerten oder wegen mangelnder Hilfsbedürftigkeit aus der Unterstützung ausgeschiedenen Arbeitslosen das Arbeitsamt nicht mehr in Anspruch genommen hat, muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass die tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht abgenommen hat.

Von den am 15. August erfassten rund 5 383 000 Arbeitslosen wurden rund 714 000 in der Arbeitslosenversicherung, rund 1 322 000 in der Krisenfürsorge, in beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen mithin rund 2 036 000 unterstützt. Damit ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 44 000, in der Krisenfürsorge um rund 32 000, zusammen also um rund 76 000 zurück.

Die Aufgliederung der verbleibenden rund 3 347 000 Arbeitslosen ist nicht möglich, da insbesondere die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen für Mitte des Monats auch schätzungsweise nicht angegeben werden kann.

-----

SPD. Die Bemühungen zur Vermeidung des Arbeitskampfes in der Baumwollindustrie von Lancashire, dessen Beginn von den Gewerkschaften auf Sonnabend festgesetzt worden ist, gehen weiter. Auf Veranlassung des zweiten Bürgermeisters von Manchester findet am Mittwoch im Rathaus der Stadt eine Besprechung zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer statt, in der zunächst einmal festgestellt werden soll, ob ein gemeinsamer Ausgangspunkt für die Wiederaufnahme der Verhandlungen gefunden werden kann.

Auch im Londoner Verkehrsgewerbe droht ein Arbeitskampf. Das Personal der Omnibusgesellschaft hat eine von der Gesellschaft angekündigte Lohnherabsetzung am Dienstag in einer Versammlung abgelehnt.

-----

SPD. Dem englischen Gewerkschaftskongress, der in 14 Tagen in Newcastle zusammentritt, wird eine Entschliessung zur Einführung der 36 Stundenwoche vorgelegt werden. Die bisherigen Entschliessungen handelten stets nur von der 40 Stundenwoche.

-----

SPD. Der Deutsche Baugewerksbund fordert von der Reichsregierung die Durchführung einer Notstandsaktion für das Baugewerbe. Er macht die Regierung in einer Eingabe noch einmal nachdrücklichst auf die ungeheure, leider noch immer nicht genügend beachtete, Not der Bauarbeiter aufmerksam. Im ersten Halbjahr 1932 wurden nur ungefähr ein Viertel so viel Bauten begonnen als noch im ersten Halbjahr 1930. Zu Beginn des Monats Juni waren noch 80% der Mitglieder des Bundes arbeitslos, Mitte Juli noch 77%, und seitdem steigt die Arbeitslosigkeit wieder. Noch unheimlicher ist die Dauer der Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern. Schon im Jahre 1931 sind rund 85 000 (etwa 20%) der Mitglieder des Bundes überhaupt nicht in Arbeit gekommen; weitere 30% sind mindestens 36 Wochen und 19% 25 und mehr Wochen ohne Arbeit gewesen. Im Jahre 1932 haben bisher mehr als 200 000 Mitglieder des Baugewerksbundes noch keine Arbeit gefunden, und die meisten von ihnen dürften bei der jetzigen Lage des Baugewerbes wohl auch im zweiten Halbjahr keine Arbeit finden. Alle bisherigen Regierungsmassnahmen wie die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, der Abbau der Hauszinssteuer und der staatlichen Wohnungsbaufinanzierung sowie die starke Senkung der Bauarbeiterlöhne haben nichts genutzt, sondern - wie die Gewerkschaften vorausgesagt haben - die Krise nur noch verschärft.

Der Baugewerksbund hält die baldige Bereitstellung von etwa einer Milliarde Mark für öffentliche Hoch- und Tiefbauten sowie zur Förderung des Kleinwohnungs- und Siedlungswesens für unerlässlich, wenn die Not der Bauarbeiterschaft fühlbar gelindert und zugleich durch Ankurbelung der Bauwirtschaft ein erster wirksamer Schritt zur Ueberwindung der Krise getan werden soll.

Wir sind gespannt, ob auch dieser Notruf des Baugewerksbundes bei der Reichsregierung ungehört verhallt.

-----

SPD. In Sachsen hat der von den Textilunternehmern geforderte neue Lohnabbau unter den Textilarbeitern eine grosse Erregung hervorgerufen. Es bedarf nur noch einer Kleinigkeit, und die Erregung kommt zur Explosion; denn der Verdienst der Arbeiter ist heute so fürchterlich niedrig, dass die Existenzmöglichkeit schon fast nicht mehr gegeben ist.

Die Löhne betrugen für Ostsachsen bis zum 13. August nach dem allgemeinen Wehertarif für männliche Zeitlohnarbeiter 47, 49, 52 und 53 Pfennig pro Stunde. Die weiblichen Stundenlöhne waren 35,5, 37, 38,4 und 39,9 bis 42 Pfennig. Bei den Akkordarbeitern sind die Löhne der Drei- und Vierstuhlweber etwas höher; von diesen Arbeitern werden aber auch ausserordentliche Leistungen verlangt.

In der Textilindustrie arbeitet die grosse Mehrzahl der Beschäftigten im Akkord. Der Abbau der Tariflöhne sowie die Kürzung der Akkordstücklöhne trieben die Leistungen auf das höchstmögliche Mass hinauf. Die Leistungen des Einzelnen - gleichgültig, ob es sich um Zeit- oder Akkordarbeiter handelt - wurden nach den Beobachtungen des Textilarbeiterverbandes gegen früher um 50 bis 60% gesteigert.

Der Textilarbeiter kann schon jetzt bei voller Arbeitszeit sich nur noch das Allernotwendigste kaufen. Ein Rauher in Neugersdorf hatte in 219 Stunden einen Nettoverdienst von 99,56 Mark. Die Familie besteht aus Mann, Frau und zwei Kindern. Wie sieht es aber in der Familie eines Kurzarbeiters aus! Und nun fordern die Unternehmer in Ostsachsen einen weiteren Abbau der Löhne um 5,5% bis über 7%.

Der Krug geht solange zum Brunnen bis er bricht.

-----